Einführung in die Politische Ökonomie des Kapitalismus

Inhaltsverzeichnis

1. Arbeit und Gesellschaft
2. Warenproduktion
3. Wertgesetz, Erwerbsarbeit und Geld
4. Kapital und Mehrwert
5. Kapitalistische Produktion und die Arbeitskraft als Ware
6. Produktion des Mehrwerts und kapitalistische Herrschaft
7. Reproduktion und Akkumulation des Kapitals
8. Konzentration, Aktiengesellschaften und Monopolkapitalismus
9. Kapitalistischer Staat und staatsmonopolistischer Kapitalismus
10. Fordismus und Sozialstaat
11. Imperialismus und Internationalisierung der Ökonomie
12. Wissenschaftlich-technische Revolution, Postfordismus, New Economy
13. Neoliberalismus, Globalisierung und Shareholder-Kapitalismus
14. Die Notwendigkeit des Sozialismus

Anhang:

- Ausbeutung und Mehrwertrate im Kapitalismus
- Bestandteile des Warenwerts und Verwendung des Mehrwerts
- Überproduktion und Krise
- Profitrate und Wertmodifikation
- Tendenzieller Fall der Profitrate und Schranken der kapitalistischen Produktion
- Literatur- und Internethinweise

Einführung in die Politische Ökonomie des Kapitalismus

Texte für ein Wochenendseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW am 23. – 25. März 2001. (Geringfügig bearbeitet 13.06.2005). Dazu gehören noch Schaubilder und ein Seminarleitfaden.

Ralf Krämer

1. Arbeit und Gesellschaft

Die Menschen unterscheiden sich von den Tieren zunächst dadurch, dass sie ihre Werkzeuge und Lebensmittel produzieren, indem sie arbeiten. *Arbeit* ist bewusste Tätigkeit zu dem Zweck, ein vorher überlegtes Produkt zu erzeugen, um damit Bedürfnisse befriedigen zu können. Dabei kann es sich um die Produktion von Gütern oder um Dienstleistungen handeln.

Die von den Menschen im Arbeitsprozess eingesetzten Kräfte, Gegenstände und Prozesse heißen *Produktivkräfte*. Das sind zum einen die *Produktionsmittel*, also Arbeitsmittel (Ausrüstungen, Bauten) und Arbeitsgegenstände (Rohstoffe, Vorprodukte und Hilfsstoffe). Primäre Produktivkraft ist aber das *Arbeitsvermögen* der Menschen selbst. Die Menschen versuchen durch Weiterentwicklung ihrer Produktivkräfte, ihre Bedürfnisse mit möglichst geringem Arbeitsaufwand zu befriedigen. In der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Technik, schlagen sich die wachsenden Erfahrungen und Kenntnisse der Menschen, die sie sich in der Auseinandersetzung mit der Natur aneignen, materiell nieder und werden an folgende Generationen weitergegeben.

> "In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander..." [Marx: Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S. 406]

Gesellschaft beruht auf dem Zusammenwirken und dem Austausch menschlicher Tätigkeiten und ihrer Produkte. Die sozialen Verhältnisse, die die Menschen im Arbeitsprozess (Arbeitsteilung und Kooperation, Arbeitsbeziehungen) sowie in der Verteilung (Distribution), im Austausch (Zirkulation) und beim Verbrauch der Produkte (Konsumtion) eingehen, heißen *Produktionsverhältnisse*. Die Produktionsverhältnisse werden entscheidend geprägt von den Eigentumsverhältnissen insbesondere an den Produktionsmitteln. Die Produktionsverhältnisse sind grundlegend für die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt.

2. Warenproduktion

Zunächst ist die Produktion für den eigenen Bedarf bzw. den der Sippe, der Familie oder des Stamms vorherrschend (*Subsistenzproduktion*). Der soziale Austausch der Tätigkeiten wird dabei unmittelbar gemeinschaftlich geregelt. Tausch findet zunächst nur gelegentlich im Umgang mit anderen Gruppen statt. Erst mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, zunehmender Arbeitsteilung und Reichweite der ökonomischem Beziehungen und Herausbildung von Privateigentum auch an den Produktionsmitteln gewinnt der Tausch immer größere Bedeutung. Es entwickelt sich *Warenproduktion*.

Ein Arbeitsprodukt wird auf dieser Basis zur *Ware*, wenn es nicht für den eigenen Bedarf, sondern für den Tausch bzw. Verkauf hergestellt oder verwendet wird. Eine Ware ist also ein Gegenstand, der einerseits ein menschliches Bedürfnis befriedigen kann, diese Eigenschaft heißt *Gebrauchswert*. Andererseits kann man für sie andere Waren in bestimmter Menge eintauschen bzw. sie gegen einen bestimmten Geldbetrag verkaufen, sie hat *Tauschwert*. (Kommerzielle Dienstleistungen sind analog wie Waren zu betrachten. Nicht-Arbeitsprodukte, die zu Waren gemacht werden, sind als Spezialfälle gesondert zu betrachten.)

Beim *Tausch* handelt es sich um einen freiwilligen Akt voneinander unabhängiger Besitzer ihrer jeweiligen Produkte, die im Rahmen dieses Vorgangs gegenüber den sonstigen Tätigkeiten ihrer TauschpartnerInnen gleichgültig sind. Das quantitative Verhältnis, in dem sie ihre unterschiedlichen Produkte gegeneinander austauschen (also der Tauschwert der Produkte), ist unter diesen Bedingungen in letzter Instanz dadurch bestimmt, wie viel menschliche Arbeit zu ihrer Produktion notwendig ist. Die unterschiedlichen Arbeiten werden als prinzipiell gleich gültig behandelt hinsichtlich des daraus resultierenden Anspruchs auf Gegenleistung und die Produkte im Verhältnis der in ihnen vergegenständlichten Arbeitszeit ausgetauscht (Äquivalententausch).

Der Tauschwert einer Ware drückt also aus, dass sie Produkt eines bestimmten Quantums menschlicher Arbeit ist. Dies macht den *Wert* der Ware aus, der also eine *rein gesellschaftliche Eigenschaft der Ware* ist und nicht durch ihre stofflichen Eigenschaften oder Gebrauschwert-Qualitäten bestimmt wird. Eine Ware hat Wert, wenn und insoweit sie einen bestimmten Anteil des warenförmigen gesellschaftlichen Reichtums bzw. Arbeitsprodukts insgesamt darstellt und gegen andere gleichwertige Waren (oder Dienstleistungen) ausgetauscht werden kann. In den Wert der Ware geht anteilig auch der Wert von notwendigen Vorprodukten und Produktionsmitteln ein, soweit sie für die Produktion dieser Ware verbraucht werden.

Diese beiden für den Tausch relevanten Seiten - Gebrauchswert und Wert - nennt man den *Doppelcharakter der Ware*. Dem entspricht der *Doppelcharakter der Waren produzierenden Arbeit*: Sie ist einerseits quantitativ bestimmt als Verausgabung einer bestimmten Menge *abstrakter, allgemein menschlicher Arbeit* und als solche produziert sie Wert. Andererseits ist sie qualitativ bestimmt als *konkrete, von anderen verschiedene, spezifische Arbeit* und als solche produziert sie Gebrauchswert. Während das Interesse des Käufers dem Gebrauchswert der Ware gilt, geht es der Verkäuferin um den Tauschwert, für den sie selbst wiederum andere Waren zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse eintauschen will.

Neben den beiden im Doppelcharakter der Ware widergespiegelten Dimensionen hat Warenproduktion wie jede Produktion weitere stoffliche und soziale Wirkungen, die (ebenso wie die allgemeinen natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion) beim unmittelbaren Produktionsprozess nicht berücksichtigt, externalisiert, werden. Sie spielen für die Regulierung der Produktion zunächst keine Rolle, weil sie sich weder im Gebrauchswert noch im Wert der Ware niederschlagen. Diese Wirkungen der Produktion (oder auch des Konsums) nennt man *externe Effekte* oder (wenn es negative Wirkungen sind, was die Regel ist) *soziale (und ökologische) Kosten*. Mit dieser Gleichgültigkeit bzw. Rücksichtslosigkeit der Produktion gegenüber ihren externen Bedingungen und Wirkungen war und ist oft geradezu gewalttätiger und zerstörerischer Umgang mit Menschen und Natur verbunden.

3. Wertgesetz, Erwerbsarbeit und Geld

Die Regel, dass die Waren im Verhältnis der ihnen vergegenständlichten Arbeit ausgetauscht werden, nennt man *Wertgesetz*. Als wertbildend zählt dabei aber nicht der Arbeitsaufwand, der zur Produktion der individuellen Ware tatsächlich nötig war, sondern die *gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit*, die im Durchschnitt und zur je aktuellen *Re*produktion erforderlich ist. Die Wertgröße eines Produkts variiert also mit dem Niveau der Produktivität der Arbeit, die ihrerseits bestimmt wird durch die Ausbildung und Fähigkeiten der Arbeitenden, die Entwicklungsstufe von Wissenschaft und Technik, gesellschaftliche Arbeitsteilung und Kombination des Produktionsprozesses, Umfang und Qualität der Produktionsmittel sowie durch Naturverhältnisse.

Vom *Wirken des Wertgesetzes* in der Konkurrenz der verschiedenen WarenproduzentInnen geht auf diese Weise ein Druck in Richtung Steigerung der Produktivität der Arbeit aus. Das Wertgesetz hat eine zentrale Bedeutung als Regulator der Produktion in der Waren- bzw. Marktwirtschaft, in der die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionen und ProduzentInnen nicht nach einem vorher abgestimmten Plan vollzogen wird, sondern sich erst im Nachhinein im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage herausstellt, ob die zur Produktion einer bestimmten Ware aufgewendete Arbeitszeit tatsächlich gesellschaftlich notwendig war und ob sie auf ein entsprechendes zahlungsfähiges Bedürfnis trifft.

Der Wert ist eine bestimmte historische Form, zur Geltung zu bringen, dass die Produkte einen bestimmten Anteil der gesellschaftlichen Arbeit erfordern. Er *drückt ein soziales Verhältnis* aus, das Menschen eingehen, wenn sie ihre Arbeitszeit für die Produktion von Mitteln zur Befriedigung fremder Bedürfnisse in Form von Waren aufwenden und diese im Verhältnis der notwendigen Arbeitszeit gegeneinander austauschen. Produktion von Wert bedeutet letztlich nichts anderes als Produktion eines Anspruchs auf einen entsprechenden Anteil an den Arbeitsprodukten der Gesellschaft insgesamt.

Dabei wird nicht jede gesellschaftlich notwendige Arbeit als gleichwertig behandelt. Arbeit, die besondere Qualifikationen erfordert, für deren Aneignung ja wiederum auch Arbeitszeit aufgebracht werden musste, wird höher bewertet als weniger qualifizierte Arbeit. Die empirisch vorfindbaren Einkommensunterschiede werden dadurch aber bei weitem nicht erklärt, sondern verweisen auf die Problematik ökonomischer *Herrschaft und Ausbeutung*.

Die Waren sind Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten verschiedener ProduzentInnen, und der gesellschaftliche Charakter dieser Arbeiten als Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit realisiert sich erst im nachhinein, beim Austausch der fertigen Produkte. Die gesellschaftlichen Beziehungen der ProduzentInnen, die Regulierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung werden vermittelt durch den Austausch der Produkte auf dem Markt. Der Wert erscheint dabei als sachliche, von ihren stofflichen Qualitäten abhängige, Eigenschaft der Waren statt als Ausdruck des Verhältnisses der zur Produktion dieser Waren notwendigen Arbeit zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit (das ja auch weder unmittelbar wahrnehmbar ist noch sonstwie im voraus genau bestimmbar ist). Die die Warenwerte begründenden gesellschaftlichen Verhältnisse werden für die Menschen sachlich verschleiert.

> ,,Ihre eigene gesellschaftlichen Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren." (Marx: Kapital I, MEW 23, S. 89)

Dies macht den Fetischcharakter der Warenwelt aus. In noch gesteigerter Form setzen sich dieser Fetischismus und die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise fort beim Geld und beim Kapital (und beim Boden und heutzutage auch bei Informationen oder Wissen) als scheinbar eigenständige Träger von Wert und Quelle von Wertschöpfung.

Als Waren produzierende wird die Arbeit zu *Erwerbsarbeit*: sie ist nicht unmittelbar auf die Befriedigung eigener Bedürfnisse der ProduzentInnen gerichtet, sondern auf den Erwerb von Tauschwert und Kauf der benötigten Gebrauchswerte, statt sie selbst herzustellen. Sie entspricht damit einem fortgeschrittenen Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und entwickelten Tauschbeziehungen. Die Fortschritte der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit spielen sich vor allem im Bereich der Erwerbsarbeit ab und sind verbunden mit einem wachsenden Anteil der Erwerbsarbeit an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums.

Auf der anderen Seite wird mit der Entfaltung der Warenproduktion und der Erwerbsarbeit der Tausch zunehmend zur prägenden Grundlage der sozialen Beziehungen der Menschen und drängt persönliche Bindungen in den Hintergrund. Der Tauschwert wird zum zentralen Motiv der Tätigkeit. Dieses Problem verschärft sich mit der Entwicklung des Geldes, das als universelles Kaufmittel die *Verselbständigung des Werts gegenüber dem Gebrauchswert* und die Ansammlung von Schätzen bzw. großer Geldvermögen ermöglicht:

Mit der Entfaltung des Warenaustausches bildet sich eine Ware heraus, in der zur einfacheren Vergleichbarkeit die Werte der verschiedenen Waren ausgedrückt werden, als *allgemeines Äquivalent*. Sie wird zur Vermittlerin des gesellschaftlichen Austauschprozesses. Der Verkäufer bekommt für seine Ware nicht das Arbeitsprodukt der Käuferin, sondern diese Äquivalentware: *Geld*. Dafür kann er dann jede andere von ihm gewünschte Ware kaufen (wenn er genug Geld hat). Der Tauschwert heißt dann *Preis*.

Aus praktischen Gründen setzen sich zunächst die wertvollen Edelmetalle, v.a. Gold, als Geldware durch, deren Wert wie der aller anderen Ware bestimmt ist. Diese wird zunehmend durch Münzen und Papiergeld ersetzt und auch verschiedene Formen des Kredits erfüllen Geldfunktionen (Buchgeld). Zunächst bleibt aber die Möglichkeit des Umtausches in die Geldware notwendig. Erst das moderne vom Staat bzw. der Zentralbank herausgegebene und garantierte Geld ist nicht mehr an Gold oder eine andere Geldware gebunden, sondern drückt unmittelbar den Anspruch auf einen entsprechenden Anteil am warenförmigen gesellschaftlichen Reichtum aus. Hierbei ist entscheidend, dass die Entwicklung der nachfragewirksamen Geldmenge kontrolliert werden kann, um die (relative) Stabilität des Preisniveaus und des Finanzsystems zu sichern.

4. Kapital und Mehrwert

Die unmittelbare Form des Austausches der Waren, der *Warenzirkulation*, ist die Verwandlung von Ware in Geld und dessen Rückverwandlung in Ware; also verkaufen, um zu kaufen: W_1 - G – W_2, das ist die allgemeine Formel der Warenzirkulation. Dabei ist der Wert von $W_2 = W_1$, da in der Regel bzw. im Durchschnitt Äquivalententausch stattfindet.

Nun kann Geld nicht nur für den sofortigen Verbrauch verwendet, sondern auch "gespart" bzw. "angelegt" werden. Dabei wird Vermögen gebildet. Wird dieses Vermögen zu Erwerbszwecken eingesetzt, handelt es sich um *Kapital (Erwerbsvermögen)*.

Damit entsteht eine zweite Form der Erwerbstätigkeit: Nicht in erster Linie die eigene Arbeitskraft, sondern privates Vermögen wird eingesetzt - und zwar mit dem Ziel, es zu vermehren. Die *Zirkulation des Kapitals* lässt sich also in der Formel G - G' oder G - W - G' ausdrücken: kaufen um zu verkaufen, Geld und nicht Ware als Ausgangs- und Endpunkt des Prozesses. Nicht ein Gebrauchswert ist also der Zweck dieses Vorgangs, sondern die *Verwertung des Kapitals*, die Aneignung von Mehrwert (Überschuss über den ursprünglich eingesetzten Wert).

Kapital gibt es in verschiedenen Formen. Historisch trat es zuerst in der Form des *Wucherkapitals oder Leihkapitals* auf: G - G'; der Mehrwert hat dann die Form des *Zinses*. Die zweite große Form ist das *Handelskapital*: G - W - G'; der Mehrwert heißt dann *Handelsprofit*. Eine besondere Form ist das *Grundeigentum*, bei dem der Mehrwert die Form der *Grundrente* annimmt. Ob Geld oder irgend ein Ding Kapital ist, ist also keine Frage seiner stofflichen Eigenschaften, sondern seiner gesellschaftlichen Verwendung und des dadurch konstituierten sozialen Verhältnisses. Inhalt des *Kapitalverhältnisses* ist die Aneignung von Mehrwert, also eines Teils der von anderen Menschen erarbeiteten Wertschöpfung, also unbezahlter fremder Arbeit. Und im Gegensatz zum Akt der Warenzirkulation, der in der Befriedigung des Bedürfnisses seinen Zweck und Abschluss findet, ist die Zirkulation des Kapitals, die Verwertung des Werts, in der Tendenz schrankenlos, immer weiter treibend.

5. Kapitalistische Produktion und die Arbeitskraft als Ware

Eine neue Qualität wird erreicht, wenn nicht nur das Geld als solches oder fertige Waren Kapital werden, sondern auch die Produktionsmittel, und wenn die Waren von vornherein als Kapital produziert werden. Die gesellschaftliche Produktion wird zunehmend von solchem *gewerblichen bzw. industriellen Kapital* bestimmt. Dies hängt eng zusammen mit der *industriellen Revolution*, die zur Ermöglichung einer überlegenen Produktivität der Arbeit maschinelle und maschinell angetriebene Arbeitsmittel hervorbrachte und erforderte, die nicht mehr von handwerklichen Kleinproduzenten hergestellt oder erworben und individuell angewendet werden konnten. Auf dieser Grundlage entwickelt sich kapitalistische Produktionsweise.

Kapitalistische Produktion bedeutet Produktion von Waren (es kann sich auch um Dienstleistungen handeln) zum Zwecke der Aneignung von Mehrwert bzw. *Erzielung von Profit*. Der Profit oder Unternehmensgewinn ist der Teil des Gesamtmehrwerts, der beim Produktionsunternehmen verbleibt. Zentraler Erfolgsmaßstab ist die *Profitrate* oder Rentabilität: der erzielte Profit im Verhältnis zur Summe des eingesetzten Kapitals (vgl. den Abschnitt „Profitrate und Wertmodifikation“ im Anhang).

Für kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktivvermögen in Form kapitalistisch eingesetzter Produktionsmittel nötig. Es muss auch Menschen geben, die mit diesen nicht in ihrem Eigentum befindlichen Produktionsmitteln arbeiten. Diese Menschen gibt es, sie verkaufen als ihre Ware die Nutzung ihrer Arbeitskraft für bestimmte Zeiträume an Kapitalisten, die ihnen dafür ein Entgelt zahlen, den Lohn. Ihre Erwerbstätigkeit nimmt die Form der *Lohnarbeit* an, sie werden daher *LohnarbeiterInnen oder Lohnabhängige* oder, eigentlich fälschlich, "Arbeitnehmer" genannt.

Die von ihnen mit den Produktionsmitteln der Kapitalisten erzeugten Waren gehen ins Eigentum der Kapitalisten über, die sie dann verkaufen und dabei ihren Profit realisieren. Die *Formel des produktiven Kapitals* lautet also:

$$G - W \begin{matrix} Pm \\ < \\ Ak \end{matrix} \cdots W' - G'$$

Die Arbeitskraft, die die Lohnabhängigen als ihre Ware anbieten, besitzt wie jede andere Ware einen Wert. Dieser wird wie bei den anderen Waren bestimmt durch die zu ihrer Produktion bzw. Reproduktion (Wiederherstellung) gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Da mit der *Arbeitskraft als Ware* jeweils ihre Nutzung für einen bestimmten Zeitraum verkauft wird, bestimmt sich ihr Wert durch den Wert der Lebens- und Existenzmittel, die der/die ArbeiterIn im Austausch erwerben muss, um seine/ihre Arbeitskraft unter diesen Bedingungen zu reproduzieren.

Es geht also in die *Wertbestimmung der Arbeitskraft* nur der Teil des Lebensbedarfs ein, den die ArbeiterInnen und ihre Familien auf dem Warenmarkt erwerben müssen. Haus- und Erziehungsarbeiten, Arbeiten im Garten oder in der Wohnung gehen nur dann in die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein, wenn sie als Erwerbsarbeit/Dienstleistungen über den Markt organisiert sind und gekauft werden. Mit der Entwicklung des Kapitalismus werden immer mehr solcher Arbeiten zu Erwerbsarbeit. Die verbleibenden - als *Eigenarbeit* und aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bisher zumeist von Frauen ausgeführten - *Reproduktionsarbeiten* sind somit zwar notwendig zum Erhalt der Arbeitskraft, gehen aber nicht in ihre Wertbestimmung ein. Allerdings kann der Erwerbsarbeitstag dann nur so lang sein, dass diese Arbeiten zusätzlich erledigt werden können oder der Lohn für eine Arbeitskraft muss hoch genug sein, dass auch nichterwerbstätige Familienangehörige, die diese Arbeiten verrichten, mit davon leben können. So verbindet sich kapitalistische Produktion mit überkommenen familialen Arbeitsteilungen und patriarchalischen Verhältnissen und entwickeln sich neue Formen gesellschaftlich bedingter geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und patriarchaler Abhängigkeitsverhältnisse ("Hausfrauenehe").

Der Wert der Ware Arbeitskraft ist nicht nur durch objektive Bedingungen bestimmt, sondern weist eine besondere Elastizität und Veränderbarkeit auf. Im Gegensatz zu anderen Waren wird die *Wertbestimmung der Arbeitskraft durch historische und moralische Momente geprägt*. Der Umfang der sogenannten notwendigen Bedürfnisse und die Art ihrer Befriedigung sind verschieden, sie hängen von historischen Bedingungen, vom Entwicklungsstand eines Landes und von den Gewohnheiten und Lebensansprüchen ab, die die Klasse der LohnarbeiterInnen herausgebildet hat. Wesentliche Bestimmungsfaktoren sind neben der Produktivität der Arbeit auch die Stärke der ArbeiterInnenbewegung und ihre im *Klassenkampf* um den Lohn und die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse gegenüber dem Kapital erzielten Erfolge.

> "Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden." [Marx: Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 148]

Das *Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital* ist an verschiedene objektive und subjektive Bedingungen gebunden. Von zentraler Bedeutung ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften. Ein Überangebot an Arbeitskräften (also Arbeitslosigkeit) wirkt durch die damit verbundene Konkurrenz disziplinierend auf die abhängig Beschäftigten und schwächt ihre Position bei Lohnauseinandersetzungen. Von großer Bedeutung ist auch, wie groß der Zwang für die Lohnabhängigen ist, sich schlechten Jobs zu unterwerfen, also ob sie andere Erwerbsmöglichkeiten haben oder hinreichende Arbeitslosenunterstützung erhalten. Zentraler Ansatzpunkt für die ArbeiterInnenbewegung ist das Bewusstsein und die gewerkschaftliche Organisation der Lohnabhängigen, mit der sie ihre Konkurrenz untereinander beschränken und die Voraussetzung für erfolgreiche Arbeitskämpfe schaffen. Der Arbeitsmarkt darf also nicht als ein Markt wie jeder andere betrachtet werden, er führt nur bei kollektiver tarifvertraglicher und gesetzlicher Regulierung zu für die Mehrzahl der Lohnabhängigen erträglichen Ergebnissen.

6. Produktion des Mehrwerts und kapitalistische Herrschaft

Wie kommt nun die *Ausbeutung* zustande *in der kapitalistischen Produktion*? Auch hier geht es darum, dass ein Teil des von den ProduzentInnen geschaffenen Werts von den Kapitaleigentümern angeeignet wird. Nur, im Unterschied etwa zur Zahlung von Zinsen oder auch zu nichtkapitalistischen Formen von Ausbeutung wie Tributzahlungen an Feudalherren, gelangt der geschaffene Wert hier von vornherein gar nicht in den Besitz der ProduzentInnen, sondern wird insgesamt von den Kapitalisten angeeignet. Die ProduzentInnen erhalten nur den Lohn, der Mehrwert wird sozusagen vorweg einbehalten. Die Fähigkeit, Wert und insbesondere Mehrwert zu produzieren, das ist der spezifische Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für die Kapitalisten.

Der Mehrwert entsteht wie jeder Wert im *Arbeitsprozess*, der ja zugleich *Wertbildungsprozess* ist. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion, die ein gewisses Niveau der Produktivität der Arbeit voraussetzt, benötigt der/die ArbeiterIn nur einen Teil der Arbeitszeit, um den Wert seiner/ihrer Arbeitskraft zu produzieren. Der Kapitalist hat aber die Arbeitskraft des/der ArbeiterIn für die volle Arbeitszeit gekauft, und ihm gehört daher auch der während der gesamten Arbeitszeit geschaffene Wert. Die ArbeiterInnen kosten also beispielsweise den Kapitalisten nur ein Wertprodukt von jeweils 3 oder 4 Arbeitsstunden täglich, liefern ihm aber ein Wertprodukt von 8 Arbeitsstunden. Durch die Fortsetzung der Arbeit über die zur Reproduktion der eingesetzten Werte (einschließlich des Werts der Arbeitskraft) notwendige Zeit hinaus wird der Wertbildungsprozess zum *Kapitalverwertungsprozess*. Die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem von ihr neu geschaffenen Wert ist der *Mehrwert, die unbezahlte Mehrarbeit*, die der Kapitalist sich aneignet.

> "Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise." [Marx: Kapital I, MEW 23, S. 647]

Dabei unterscheidet Marx zwei grundsätzliche Methoden, den Mehrwert zu steigern:

1. die Steigerung der Arbeitszeiten und der Intensität der Arbeit, dies nennt er die Produktion des *absoluten Mehrwerts*.

2. die Verkürzung der reproduktionsnotwendigen Arbeitszeit durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, dies nennt er die Produktion *relativen Mehrwerts*. Dieses ist die für den Kapitalismus typische Methode (vgl. dazu den Abschnitt „Ausbeutung und Mehrwertrate im Kapitalismus“ im Anhang.)

Gesellschaftliche Grundlage der kapitalistischen Produktion ist einerseits die *Konzentration des Eigentums* an den entscheidenden Produktionsmittel bei einem kleinem Teil der Gesellschaft, andererseits die „*doppelte Freiheit*“ der Lohnabhängigen [Marx]: Diese sind einerseits persönlich rechtlich unabhängig, andererseits frei von eigenen Produktionsmitteln und daher ökonomisch und sozial abhängig und gezwungen, als einzige Möglichkeit zum Erwerb ihres Lebensunterhalts ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Damit ist die hauptsächliche Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft gekennzeichnet. Aus der gemeinsamen Klassenlage der LohnarbeiterInnen ergeben sich *gemeinsame Interessen* in der Auseinandersetzung mit dem Kapital, die sie v.a. im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation artikulieren.

Beim Abschluss des Arbeitsvertrags stehen sich Kapitalist und LohnarbeiterIn allerdings formal als gleichberechtigte PartnerInnen gegenüber. Der Austausch zwischen Kapital und Arbeit stellt sich der Wahrnehmung so dar wie der Kauf und Verkauf aller anderen Waren. Das Geld, das der/die ArbeiterIn als Arbeitslohn erhält, erscheint als der Wert der Arbeit (anstatt nur der Arbeitskraft). In der *Form des Arbeitslohns* (der auch Gehalt oder anders heißen kann) ist jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit ausgelöscht. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. Auf diesem Schein der Zirkulationssphäre beruhen die *Rechtsvorstellungen und Illusionen über Gleichheit und Freiheit im Kapitalismus*, die unter demokratischer Verfassung auch im politischen Raum umgesetzt werden. In der Produktionssphäre dagegen wird das Herrschaftsverhältnis des Kapitals über die Arbeit in Form des Direktionsrechts des sog. Arbeitgebers deutlicher.

Die *Herrschaft des Kapitals* bezieht sich aber nicht nur auf die innerbetrieblichen Beziehungen. Mit dem Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln ist ihr Verfügungsrecht über diese Produktionsmittel, über die Verwendung des Profits und damit auch über die Investitionen verbunden. Damit verfügen sie zugleich über die Erwerbsmöglichkeiten der Lohnabhängigen und ihrer Familien und über die wesentlichen Produktions- und Lebensbedingungen und Entwicklungspotenzen oft ganzer Regionen (als einzelne Großkonzerne) und der Gesellschaft insgesamt (als Kapitalistenklasse). *Kapitalismus* kann definiert werden als eine Gesellschaft, die wesentlich auf kapitalistischer Produktion und damit auf kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnissen beruht und dadurch in ihrer Entwicklung dominiert wird.

7. Reproduktion und Akkumulation des Kapitals

Sowenig wie eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, sowenig kann sie aufhören zu produzieren. Damit der Produktionsprozess kontinuierlich fortlaufen kann, müssen in ihm zugleich die Bedingungen der Produktion immer wieder neu hergestellt werden. Jeder gesellschaftliche Produktionsprozess muss daher zugleich *Reproduktionsprozess* sein. Dabei werden nicht nur die stofflichen, sondern fortwährend zugleich die gesellschaftlichen Bedingungen reproduziert, also die *kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse*.

Auf der einen Seite werden die Produktionsmittel als Eigentum der Kapitalisten reproduziert, auf der anderen Seite die doppelt freien LohnarbeiterInnen. Diese verbrauchen ihr Einkommen dafür, sich und ihre Arbeitskraft zu reproduzieren, und sind so gezwungen, erneut ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen. Selbst wenn ArbeiterInnen durch besondere Leistungen oder Glück, vor allem aber infolge gewerkschaftlicher Erfolge, ihre Lage verbessern und persönliches Eigentum bilden können, ändert das für die überwiegende Mehrheit nichts an dieser Abhängigkeit. Die zunehmende soziale Differenzierung innerhalb der lohnabhängigen Klasse ändert nichts daran, dass die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen als Lohnarbeitende durch die Minderheit der Klasse der Kapitalisten ausgebeutet wird, die die entscheidenden Produktionsmittel in ihrem privaten Eigentum monopolisieren. Es wachsen allerdings die subjektiven Ansatzpunkte für die Verbreitung bürgerlicher Eigentums- und Leistungsideologien innerhalb der ArbeiterInnenklasse.

Kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich durch die Tendenz aus, den Umfang des Produktionsprozesses ständig zu vergrößern, also über den Ersatz der verbrauchten hinaus einen Zuwachs an Produktionsmitteln und Konsumgütern zu erzeugen. Diese erweiterte - im Unterschied zur einfachen - Reproduktion erfolgt durch Rückverwandlung eines Teils des Mehrwerts in zusätzliches Kapital, also durch *Akkumulation von Kapital*, durch Investitionen zur Erweiterung oder Verbesserung der Produktionsanlagen. Der dem Kapital eigene Drang nach immerwährender Steigerung des Mehrwerts wird im Konkurrenzkampf zum Zwang, die Anlagen immer weiter zu vergrößern und zu verbessern, dem sich die Unternehmen nur bei Strafe des Untergangs auf die Dauer entziehen können. Die ständige Akkumulation von Kapital als zugleich Mittel und Zweck ist die entscheidende Triebkraft kapitalistischer Entwicklung. Die den Kapitalismus kennzeichnende extreme Ungleichverteilung der Vermögen und insbesondere Produktivvermögen, Einkommen, Lebenschancen und Macht wird auf diese Weise immer weiter fortgeschrieben und tendenziell verschärft.

Im Zuge des Akkumulationsprozesses sucht das Kapital nach immer neuen Märkten und Anlagefeldern. Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich durch eine grundsätzlich *expansive Tendenz* aus. Sie dringt in immer weitere Produktions- und Lebensbereiche ein und verdrängt mit ihrer höheren Produktivität nichtkapitalistische Produktion, konkurriert sie zugrunde. Diesen Prozess nennt man *kapitalistische Landnahme*. Sie bezieht sich zum einen auf die ökonomische Unterwerfung bisher nicht kapitalistischer Länder, zum anderen als innere Landnahme auf die fortschreitende Durchkapitalisierung der Länder, in denen kapitalistische Produktionsweise bereits etabliert und vorherrschend ist. Die (noch) nicht kapitalistisch organisierten Tätigkeiten und vorkapitalistische soziale Klassen werden verdrängt oder gezwungen, sich den Erfordernissen kapitalistischer Ökonomie unterzuordnen. Insbesondere aber breitet sich kapitalistische Ökonomie auf den ganzen für sie zugänglichen Erdball aus und schafft einen wirklichen *Weltmarkt*, nicht nur für Waren, sondern auch für Kapital.

Kapitalismus führt dabei zu einer sehr ungleichmäßigen Entwicklung mit der Tendenz zur *Polarisierung* der Verhältnisse in prosperierende und in zurückbleibende, teilweise verelendende, Regionen und Bevölkerungsgruppen, zu *Ausgrenzungsprozessen*: Individuen, Gruppen oder Nationen, die der kapitalistischen Ökonomie weder als ProduzentInnen noch als KäuferInnen etwas zu bieten haben (also Beiträge zur Produktion oder Realisierung von Profit leisten können), werden aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen weitestgehend ausgegrenzt und sich selbst überlassen - wenn nicht irgendwelche nichtkapitalistischen Gemeinschaften oder Organisationen oder der Staat sich um sie kümmern oder sie sich mit außerökonomischen Methoden ihren Anteil besorgen.

Der mächtigste Hebel der Akkumulation des Kapitals ist die f*ortwährende Steigerung der Produktivität* der Arbeit durch Einsatz verbesserter Technik, also die Produktion des relativen Mehrwerts. Gelingt es einem Unternehmen, mit Hilfe fortgeschrittener Produktionsmethoden die Waren billiger als die Konkurrenz zu produzieren, also mit einem geringeren Arbeitsaufwand als es dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht, kann er die Waren dennoch zu ihrem gesellschaftlichen Marktwert, also über ihrem „individuellen Wert“ verkaufen. Er realisiert dann einen *Extraprofit*, der über den "normalen" Profit hinausgeht. Je mehr sich die moderneren Produktionsmethoden verallgemeinern, desto größer wird durch die Konkurrenz der Druck auch auf die übrigen Betriebe, ihre Produktion zu rationalisieren. Dieser Mechanismus ist die Ursache für die *ständige Umwälzung der Produktionsmethoden und Weiterentwicklung der Produktivkräfte*, die den Kapitalismus gegenüber allen früheren Produktionsweisen auszeichnet. Dadurch vollzieht sich auch ein sektoraler Wandel der Wirtschaftsstruktur, der Anteil der Landwirtschaft (primärer Sektor) geht zunächst gegenüber dem Anteil der Industrie (sekundärer Sektor) zurück, später wird durch die fortschreitende Produktivitätssteigerung auch dieser Anteil wieder geringer und der Anteil der Dienstleistungen (tertiärer Sektor) wächst stark an.

Durch den Einsatz technisch immer weiter entwickelter und umfangreicherer Produktionsanlagen wachsen die Aufwendungen für das Sachkapital relativ zu denen für die daran beschäftigten Arbeitskräfte immer mehr an. Es ist eine immer größere Akkumulation von Kapital notwendig, um die Beschäftigtenzahl zu steigern oder auch nur zu halten. Wenn die Akkumulation dahinter zurückbleibt und die Produktion langsamer ansteigt als die Produktivität, werden so im Verlauf der Akkumulation in mehr oder weniger großem Umfang Arbeitskräfte "freigesetzt". Es wird eine gegenüber den gewinnbringenden Beschäftigungsmöglichkeiten "*relative Übervölkerung" = Arbeitslosigkeit* produziert, eine für die weitere Akkumulation des Kapitals bei Bedarf verfügbare "*industrielle Reservearmee*" [Marx].

Das Problem verschärft sich, wenn zugleich das Erwerbspersonenpotential ansteigt (durch Bevölkerungswachstum, Zuwanderung, veränderte Altersstruktur, steigende Erwerbsquote der Frauen). Um dann Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden oder um sie abzubauen, muss entweder die Akkumulation erheblich über die zum Ausgleich der Produktivitätssteigerungen erforderliche hinaus beschleunigt werden, oder es müssen allgemeine Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden, um das Arbeitsvolumen gleichmäßiger auf alle Lohnabhängigen zu verteilen. Dies muss gegen heftigen Widerstand der Kapitalistenklasse durchgesetzt werden, die durchaus Interesse an der Existenz einer hinreichend großen "Reservearmee" hat, aus den in Kapitel 5. dargestellten Gründen und weil sie den Arbeitgebern ermöglicht, weniger leistungsfähige Werktätige aus dem Arbeitsprozess auszugliedern und durch leistungsfähigere zu ersetzen.

Zum anderen wächst der Aufwand für das Sachkapital tendenziell schneller als die damit von den Arbeitenden zu produzierende Wertschöpfung. Wenn das Kapital sich nicht wachsende Anteile an dieser Wertschöpfung aneignet, also die Ausbeutung steigert, führt das tendenziell zu einem Sinken der Profitraten und damit der Triebfeder für weitere Akkumulation. Diese Tendenzen setzen sich aber nicht zwingend tatsächlich durch, weil es eine Reihe entgegenwirkender Momente gibt. Der *tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate* kann langfristige Krisenprozesse und Umbrüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorrufen (vgl. den Abschnitt „Tendenzieller Fall der Profitrate und Schranken der kapitalistischen Produktion“ im Anhang).

Grundsätzlich verläuft kapitalistische Entwicklung nicht gleichmäßig, sondern immanent, aus ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus krisenhaft. Der Kernbereich der *Krisenhaftigkeit* der Ökonomie ist also der privatwirtschaftliche Sektor, insbe-

sondere die industrielle Warenproduktion (und nicht etwa Eingriffe des Staates oder der Gewerkschaften). Dieser Krisenprozess verläuft zyklisch, d. h. die Akkumulation des Kapitals vollzieht sich in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen, die in eine Krise oder Rezession münden, der wiederum ein erneuter Aufschwung folgt. Im Unterschied zu den in anderen Produktionsweisen auftretenden Krisen, die unterschiedliche Ursachen haben und sich zumeist im Mangel an bestimmten notwendigen Produkten ausdrücken, sind kapitalistische Krisen *Überproduktionskrisen*, in denen die produzierten Waren keine KäuferInnen finden und Produktionskapazitäten ungenutzt brachliegen. Stößt die Wachstumsdynamik an Grenzen und geht die Produktion zurück, führt dies zu den typisch kapitalistischen Krisenerscheinungen von Pleiten, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. (vgl. den Abschnitt "Überproduktion und Krise" im Anhang).

Insgesamt wächst die Produktion in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in gewaltiger Dimension an und gewinnt zunehmend gesellschaftlichen Charakter, beruht auf fortschreitend differenzierter Arbeitsteilung und Kooperation und auf Austausch der Produkte immer spezialisierterer und auf höherem technologischen Produktivkraftniveau produzierender Wirtschaftszweige. Die *menschlichen, sozialen und ökologischen "Nebenwirkungen" des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und seiner Krisen* werden dabei externalisiert, die zu ihrer Bewältigung anfallenden Lasten auf die betroffenen Individuen oder Organisationen, den Staat oder ggf. andere Nationen abgewälzt. Die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Zukunft ganzer Regionen und Staaten wird hauptsächlich nach dem betriebswirtschaftlichen Kriterium des Profits privater Unternehmen und ohne demokratische Entscheidung der Betroffenen bestimmt.

Volkswirtschaftliche Kriterien und gesellschaftliche Bedürfnisse müssen demgegenüber durch äußeren Zwang, durch Gewerkschaften oder den Staat, geltend gemacht werden. Aber auch deren Handlungsbedingungen sind davon geprägt, dass wirtschaftliches Wachstum in Form der Akkumulation von Kapital sich als Sachzwang darstellt, dessen Missachtung nicht steuerbare Krisenprozesse zur Folge hätte.

> "Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." [Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 529f.]

8. Konzentration, Aktiengesellschaften und Monopolkapitalismus

Die Krisen sind auch ein entscheidender Motor der weiteren *Konzentration und Zentralisation des Kapitals*, die ohnehin ein wesentliches Resultat kapitalistischer Entwicklung ist. Sie vollzieht sich einerseits durch das akkumulationsbedingte Wachstum des Unternehmenskapitals, andererseits durch Pleiten, Fusionen und die Übernahme von Unternehmen durch andere im Zuge des Konkurrenzkampfs. Durch die Entwicklung des Kreditwesens wird die Entwicklung kapitalistischer Großunternehmen und Konzerne beschleunigt. Auf der anderen Seite entspricht diese Entwicklung in kapitalistischer Form den Anforderungen der immer gewaltigeren Dimension moderner industrieller Unternehmungen.

Als wichtigste Unternehmensform des großen Kapitals entwickelt sich dabei die Aktiengesellschaft. Dabei werden die Kapitalvermögen einer Vielzahl von Einzelanlegern oder auch anderer Unternehmen zu einem gemeinsamen großen Gesellschaftskapital zusammengefasst. So können gewaltige Kapitalmassen mobilisiert werden, die auf andere Weise nicht aufzubringen wären. Von großer Bedeutung sind dabei traditionell die Großbanken und Versicherungen, die als Kreditgeber, als Verwalter der Aktiendepots und in großem Umfang auch selbst Anteilseigner der Aktiengesellschaften eng mit diesen verflochten sind (Finanzkapital).

Die Beziehungen zwischen kapitalistischen Großunternehmen und ihren Zulieferern und Abnehmern können zumeist nicht mehr als Marktbeziehungen zwischen gleichwertigen Beteiligten gekennzeichnet werden, sondern sind wesentlich geprägt durch ökonomische Macht und die Strategien und Vorgaben der Großunternehmen. Solche beherrschenden Unternehmen nennt die marxistische Wirtschaftswissenschaft *Monopole* (wobei hier nicht notwendig ist, dass es sich um die einzigen Anbieter oder Nachfrager am Markt handelt), die dadurch veränderten Formen des Wettbewerbs *monopolistische Konkurrenz* (oligopolistische Konkurrenz im Sinne der Marktformenlehre).

In seinen Zentren ist der Kapitalismus seit Ende des letzten Jahrhunderts dadurch gekennzeichnet, dass zentrale Branchen monopolistisch strukturiert sind. Die dominierenden Kapitale verfügen über gewaltige finanzielle und produktive Potentiale zur Planung und Umsetzung strategisch angelegter Konzernentwicklung, Umstrukturierung der Produktion, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, Erschließung neuer Produktionssektoren und Märkte etc. Dadurch können die Monopole die ökonomische Gesamtentwicklung zunehmend zu ihren Gunsten beeinflussen und modifizieren, der Kapitalismus hat sich zum *Monopolkapitalismus* entwickelt. Die Monopolisierung schreitet vor allem durch Aufkauf von Unternehmen oder Erwerb von Beteiligungen an anderen Aktiengesellschaften voran. (Die hier dargestellten Begriffe des Monopols und des Monopolkapitalismus sind innerhalb der marxistischen Theorien umstritten.)

9. Kapitalistischer Staat und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Kapitalistische Produktion ist von Anfang an darauf angewiesen, dass ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen, insbesondere das Privateigentum und die Gewerbe- und Vertragsfreiheit, staatlich gesichert werden. Über die Gewährleistung der rechtlichen Voraussetzungen der Kapitalherrschaft hinaus übernimmt der *Staat im modernen Kapitalismus* durch die Bereitstellung der produktionsbezogenen und sozialen Infrastrukturen sowie umfassende und dauernde Eingriffe in die wirtschaftlichen Prozesse und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine zentrale Rolle im ökonomischen und sozialen Regulierungsmechanismus des Systems.

Dies vollzieht sich unter intensiver Einflussnahme von und in vielfältiger Verflechtung mit monopolkapitalistischen Großunternehmen, die ihre ökonomische Macht in politische Macht umsetzen und von den ökonomischen Aktivitäten des Staates in der Regel am meisten profitieren können. Dies wird als *staatsmonopolistischer Kapitalismus* (Abk. SMK oder Stamokap) bezeichnet (auch dies ist zwischen den verschiedenen sich auf Marx berufenden Ansätzen sehr umstritten). Hierbei geht es weniger (aber auch) um Bestechung und ähnliche Praktiken als darum, dass die Monopole in der Lage sind, ihre Kapitalverwertungsinteressen als Sachzwang und zugleich im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen liegend darzustellen. Das bedeutet keine einseitige und ausschließliche Abhängigkeit des Staates vom Großkapital, in Abhängigkeit vom Umfang demokratischer Einwirkungsmöglichkeiten und der Stärke entsprechenden Drucks können auch soziale und ökologische Interessen in die staatliche Politik eingebracht werden. Der SMK hat sich seit dem zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts herausgebildet.

10. Fordismus und Sozialstaat

Diese Entwicklung vollzog sich im Zusammenhang mit weitreichenden Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Reproduktion und ihren technischen Grundlagen: Der "*Fordismus*" als Verbindung von Massenproduktion und Massenkonsum wurde zum bestimmenden Moment der kapitalistischen Industrialisierung - allerdings in Kombination oder Konkurrenz zur Militarisierung großer Bereiche der Volkswirtschaften.

Mit dem Fordismus stieg die ökonomische Bedeutung der lohnabhängigen Massen auf den Märkten und entwickelten sich die ökonomischen Spielräume für eine lange Periode erweiterter Reproduktion der Lohnabhängigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Damit wurde zugleich die notwendige Nachfrage für die Realisierung der gewaltig wachsenden Produktion organisiert (zuvor spielte Nachfrage in- und ausländischer nichtkapitalistischer Klassen eine wichtige, aber immer unzureichendere Rolle). Dies war allerdings auch verbunden mit einer neuen Dimension ökologischer Belastungen (z.B. durch den Individualverkehr) und einer einseitigen Orientierung vieler Lohnabhängiger auf Steigerung ihres individuellen Konsums und Privateigentums ("Konsumismus").

Die Entwicklung des Fordismus ist eng verbunden mit der der Gewerkschaften und der politischen ArbeiterInnenbewegung, insbesondere des sozialdemokratischen Reformismus, und einer veränderten Stellung der ArbeiterInnenklasse und der Volksmassen auch gegenüber dem Staat. Die Klassenbeziehungen (Löhne, Arbeitszeiten, ArbeitnehmerInnenrechte im weiteren Sinne) und der Arbeitsmarkt sind weitgehend kollektiv (tarifvertraglich oder gesetzlich) reguliert, die Einkommen der aktiven und insbesondere die der nicht (mehr) erwerbstätigen Angehörigen der ArbeiterInnenklasse in erheblichem Maße über Sozialversicherungen und Staat vermittelt. Die Entwicklung und soziale Öffnung des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, des *Sozialstaats* im weitesten Sinne sowie die Entfaltung der bürgerlichen Demokratie sind nicht einfach Bedingungen und Resultate der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, sondern in ihrer Gestaltung wesentlich Ergebnisse des Einflusses der ArbeiterInnenklasse auf den Staat, Ausdruck von *Klassenkompromissen* in der bürgerlichen Gesellschaft. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei auch die *Systemkonkurrenz* zum real existierenden Sozialismus, dem gegenüber immer die auch soziale Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung demonstriert werden sollte.

11. Imperialismus und Internationalisierung der Ökonomie

Der Übergang zum Monopolkapitalismus war auch verbunden mit weltweitem Expansionsdrang der Monopole und monopolkapitalistisch geprägter Nationalstaaten, d.h. mit der Herausbildung des modernen, kapitalistischen *Imperialismus*. Heute sind die transnationalen Konzerne die ökonomischen Hauptakteure auf dem Weltmarkt und bei der Beherrschung der Ökonomie der weniger entwickelten Länder der Erde. Das Interesse der kapitalistischen Metropolen ist dabei hauptsächlich auf die gesicherte und billige Versorgung mit dort vorkommenden bzw. wachsenden Rohstoffen gerichtet (am wichtigsten ist dabei das Öl).

Der *moderne Imperialismus* ist längst nicht mehr auf koloniale Abhängigkeit angewiesen, sondern kann sich auf ökonomische Abhängigkeit und die Zusammenarbeit inländischer Eliten in den Ländern der Peripherie stützen, deren Interessen mit denen des internationalen Kapitals verflochten sind. Eine entscheidende Rolle spielen auch hier finanzkapitalistische Mechanismen und die gewaltige internationale Verschuldung dieser Länder, die vielfach zu einem Nettotransfer von Kapital in die reichen Gläubigerländer führt. Allerdings ist auch der Einsatz von Gewalt, von Blockaden über Subversion und "low-intensity-warfare" bis zum offenen Krieg, heutzutage weiterhin ein gebräuchliches Mittel, um diese imperialistische Ordnung der Welt aufrechtzuerhalten, wenn einzelne Staaten sie stören oder gar ernsthaft gefährden.

Zwar werden im Rahmen des zunehmenden "worldwide sourcing", d.h. der systematischen Nutzung der weltweit unterschiedlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen, auch standardisierte Produktionslinien bei Niedriglöhnen und fehlenden oder niedrigen Sozial- und Umweltstandards in (mit grundlegenden Infrastrukturen für industrielle Produktion ausgestattete, zumeist küstennahe) Städte der ärmeren Länder verlagert. Eine Perspektive aufholender Industrialisierung gibt es für die meisten Länder der Peripherie dennoch nicht, der Vorsprung der Metropolen ist zu groß und wächst in vielen Bereichen noch. Als Kehrseite der *internationalen Arbeitsteilung* werden viele der ökonomisch am wenigsten entwickelten und zugleich rohstoffarmen Länder sogar unfreiwillig vom Weltmarkt faktisch abgekoppelt. Sie haben keine Exportchancen und damit auch keine Möglichkeiten zur Einfuhr von Waren aus anderen Ländern und so faktisch auch keine Entwicklungschancen.

Die fortschreitende *Internationalisierung* der kapitalistischen Ökonomie vollzieht sich heutzutage ganz überwiegend durch die zunehmende Verflechtung des Kapitals und der Produktion und die Intensivierung des Austausches innerhalb und zwischen den drei industriell entwickelten Zentren der Weltwirtschaft, die sich herausgebildet haben: der "*Triade*" EU/Westeuropa, USA/Nordamerika und Japan/Ostasien. Durch diese fortschreitende Internationalisierung werden zunehmend die Grundlagen für nationalstaatliche Regulierungen der Ökonomie untergraben, weil das Kapital sich ihnen immer leichter entziehen kann. Das gilt insbesondere in Europa, wo die Europäische Union von ihren Mitgliedstaaten immer mehr auch die rechtlichen Kompetenzen für solche Regulierungen übernimmt. Das eröffnet allerdings andererseits prinzipiell die Perspektive, auf europäischer Ebene, auf der die Außenabhängigkeit wesentlich geringer ist, diese Regulierungskompetenzen zurückzugewinnen.

Das international bewegliche Kapital nutzt die zunehmende Konkurrenz der Staaten und Regionen als Wirtschaftsstandorte bzw. Anlageorte für Druck auf die Wirtschaftspolitik und die Gewerkschaften, seine Verwertungsbedingungen zu verbessern und auf sozial und ökologisch motivierte Belastungen und Regulierungen zu verzichten ("*Standortpolitik*"). Demgegenüber sind die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und anderer demokratischer Bewegungen und ihre Fähigkeit, dem koordiniert zu begegnen und auf übernationalem Niveau gültige soziale und ökologische Regulierungen durchzusetzen, noch völlig unzureichend entwickelt.

12. Wissenschaftlich-technische Revolution, „Postfordismus“, New Economy

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden die ökonomischen, sozialen und natürlichen Bedingungen der Produktions- und Lebensweise zunehmend von der *wissenschaftlich-technischen Revolution* geprägt und verändert. Grundlage der Umwälzungen ist die auf mikroelektronische Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien gestützte Automatisierung von Produktionsprozessen und Intensivierung, Beschleunigung und Flexibilisierung aller gesellschaftlichen Kommunikationsvorgänge (incl. Verkehr). Auch die stofflich-energetische Basis der Produktion wird durch hochkomplexe und z.T. mit einem enormen Risikopotential verbundene Technologien umgewälzt (Atomenergie, Chemie, neue Werkstoffe, Bio- und Gentechnologie). Die Wissenschaft ist zu einem Schlüsselfaktor der Produktivkraftentwicklung geworden.

Allgemein erhöhen sich in dieser *"postfordistischen" Betriebsweise* die Anforderungen an die Flexibilität der Produktionsprozesse und die Qualität von Gütern und Diensten (Spezial- und Kleinserienproduktion, "just in time"), an die Qualifikation und Flexibilität der Arbeitskräfte, an die Produktivität der Arbeit und der gesamten Betriebsführung ("lean produktion"), an die Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen. Die zur Entwicklung und Fertigung neuer Produkte erforderlichen Kapitalvorschüsse können in zentralen Bereichen oft nur noch mit massiver Förderung des Staates oder durch supranationale Kooperation von Konzernen und Staaten aufgebracht und nur dann amortisiert werden, wenn anschließend nennenswerte Weltmarktanteile erobert werden (Luftfahrt, neue Chipgenerationen, Atomtechnik ...). Es kommt zu einer wachsenden Differenzierung der Wirtschaftsstrukturen (Spezialisierung der Betriebe, abnehmende Fertigungstiefe, zunehmende Standortteilung) bei weiter fortschreitender Verflechtung der Unternehmen untereinander und mit staatlichen Stellen insbesondere in Schlüsselsektoren der technologischen Entwicklung.

Seit den 90er Jahren ist verstärkt von der „*New Economy*“ die Rede. Dabei geht es im Kern um die Durchsetzung neuer Techniken, Produktionsmethoden und Produkte, die auf der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien beruhen und von ihr ermöglicht werden. Diese Technologien und insbesondere die umfassende Vernetzung über das Internet betreffen nicht nur bestimmte Branchen, sondern verändern die Wirtschaftsstrukturen insgesamt und damit die ökonomischen und Arbeitsbedingungen in tendenziell allen Bereichen. Entgegen den Hoffnungen einiger auf eine neue Etappe von Wachstum und Wohlstand auf dieser Basis werden die Grundcharakteristika und die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise damit aber keineswegs aufgehoben.

13. Neoliberalismus, Globalisierung und Shareholder-Kapitalismus

Seit der weltweiten ökonomischen Krise Mitte der 70er Jahre mit der seitdem weiter gestiegenen Massenarbeitslosigkeit befindet sich die *ArbeiterInnenbewegung in einer defensiven Situation* und ist in national unterschiedlichem Maße mit dem Abbau bereits erreichter sozialer Standards und Regulierungen konfrontiert. Besonders stark ist der Druck jeweils in Phasen der Rezession bzw. zyklischen Krise, wie Anfang der 80er und der 90er Jahre und aktuell 2001 - 2003. Im Verlauf der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hat die gesellschaftspolitische Offensive der kapitalorientierten Kräfte eine erhöhte Dynamik bekommen. Ein wichtiger Hintergrund dafür war der *Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus* in Ost- und Mitteleuropa. Der Kapitalismus erfasste nun mehr denn je nahezu die gesamte Erde, USA und NATO mussten keine Rücksichten mehr auf eine andere Weltmacht nehmen. Auch sozial- und gesellschaftspolitischpolitisch brauchte das Kapital weniger soziale Rücksichten zu nehmen, erschien doch der Kapitalismus nun als endgültig alternativlos und als „das Ende der Geschichte“.

Der *Neoliberalismus* wurde zur vorherrschenden Ideologie. Er behauptet, dass jegliche Einschränkung der Marktfreiheit und Konkurrenz schädlich sei. Die Wirtschaft müsse von den „überbordenden“ Kosten des Sozialstaats entlastet werden, der infolge einer „Vollkaskomentalität“ über alle Maßen aufgebläht sei. Gewerkschaften und Sozialstaat hätten dafür gesorgt, dass Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen viel zu gering seien und die Löhne insbesondere für niedrig qualifizierte Arbeit und überhaupt die sog. Lohnnebenkosten viel zu hoch. Das sei auch der Hauptgrund für die anhaltende Arbeitslosigkeit. Gefordert werden also Sozialabbau und verstärkter Druck auf SozialleistungsempfängerInnen, Steuersenkungen insbesondere für Unternehmen und „Leistungsträger“, Deregulierung, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Institutionen, Förderung von Eigenverantwortung und von Eliten, möglichst vollständige Unterordnung der Politik unter die Interessen und Anforderungen der Wirtschaft (und damit Abbau und Entwertung von Demokratie). Zu einer solchen Politik gebe es „keine Alternative“, wenn eine neue Wachstumskonstellation erreicht werden solle.

Vor diesem Hintergrund wurden die *Globalisierung und der Globalisierungsdiskurs* zum zentralen Vehikel der immer ungehemmteren Durchsetzung von Kapitalinteressen. Anknüpfend an den unter 11. beschriebenen Prozessen der Internationalisierung der Ökonomie wird eine neue Qualität der Verflechtung und Abhängigkeit vom Weltmarkt behauptet, die nun endgültig nationalstaatlicher Regulierung der Wirtschaft den Boden entzogen habe. Dabei wird der Eindruck erweckt, es handele sich um einen geradezu mit Naturnotwendigkeit ablaufenden, sachzwanghaften und unaufhaltsamen Prozess, der die Umsetzung der vom Neoliberalismus geforderten Politik geradezu erzwinge.

Tatsächlich ist es so, dass auf Basis der neuen Kommunikationstechniken insbesondere die Finanzmärkte in einem qualitativ neuen Maße internationalisiert sind, während die realwirtschaftliche Außenverflechtung jedenfalls großer Binnenmärkte wie der USA oder der EU weiterhin relativ begrenzt ist. Von einer wirtschaftspolitischen Ohnmacht jedenfalls der großen Staaten kann nicht die Rede sein, stattdessen geht es um eine andere Ausrichtung staatlicher Politik, den Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum „nationalen Wettbewerbsstaat“, der seine Aktivitäten in erster Linie in den Dienst der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Kapitals stellt. Auch die bisherige reale Globalisierung hat sich keineswegs gegen die Staaten entwickelt, sondern wurde von den kapitalistischen Zentren gezielt durchgesetzt, insbesondere durch die Liberalisierung der internationalen Kapitalverkehrs sowie Freihandelsvereinbarungen und die Welthandelsorganisation WTO. Erst recht ist die bisher ebenfalls vom Neoliberalismus geprägte Entwicklung der EU im Sinne einer Liberalisierungs- und Wirtschaftsförderungsgemeinschaft statt einer Sozialunion keineswegs alternativlos. Globalisierung erweist sich somit statt als Sachzwang als ein neoliberales politisches *Projekt der herrschenden Klasse*.

Im Gefolge der Überakkumulation anlagesuchenden Kapitals einerseits und der Deregulierung der nationalen und internationalen Kapitalmärkte und ihrer globalen informationstechnischen Vernetzung andererseits hat sich die Akkumulation des Geld- und Finanzkapitals zunehmend gegenüber der realwirtschaftlichen Produktion relativ verselbständigt. Formen eines *Casino-Kapitalismus* bildeten sich heraus, mit der Folge wachsender Instabilität der internationalen Finanzmärkte. Deren Krisen können dann wiederum die Realwirtschaften in tiefen Krisen stürzen.

Einerseits verschärfte und verlängerte die Anlage von Kapital auf den Finanzmärkten statt in Realinvestitionen die Überakkumulation und damit die ökonomischen Krisenprozesse, anderseits wurden die auf den internationalen Kapitalmärkten möglichen Renditen zunehmend zum Maßstab auch für die Verwertung von Kapitalanlagen in Industrie und Dienstleistungen. Die Börse wird zum entscheidenden Markt, auf dem über die Zukunft von Arbeitsplätzen und Unternehmen entschieden wird, der Aktionär bzw. *Shareholder* wird zum bestimmenden ökonomischen Akteur, der Kapitalismus wird zum Shareholder-Kapitalismus

Institutionelle Anleger (Banken, Investmentfonds und Pensionsfonds) sind zu entscheidenden Akteuren geworden. Sie fassen das Vermögen vieler Anleger zusammen und halten wiederum Anteile an einer Vielzahl von Unternehmen, im wesentlichen Aktiengesellschaften. Mit Hilfe von Ratingagenturen werden diese Unternehmen ständig beurteilt und klassifiziert, um möglichst hohe Erträge und Wertsteigerungen zu erzielen und Risiken zu minimieren. Die Fonds können als neue Entwicklungsstufe des kapitalistischen Eigentums aufgefasst werden, in der sich das kapitalistische Produktionsverhältnis noch allgemeiner und abstrakter als zuvor darstellt. Zu der im Rahmen der Globalisierung weltweit verschärften Konkurrenz auf den Warenmärkten tritt so verschärfte Konkurrenz um die Finanzmittel der Anleger. Die Steigerung des Unternehmenswertes (des *Shareholder-Value*) wird zum alles beherrschenden Maßstab, der an jede ökonomische Aktivität dieser Unternehmen angelegt wird, und von dem wachsender Druck in Richtung entsprechender Umstrukturierungen ausgeht.

Diese haben die Grundtendenz, dass die Unternehmen sich auf ihre Kerngeschäfte konzentrieren und auf diesen Feldern möglichst große Weltmarktanteile anstreben. Dazu werden andere Unternehmen der selben Branche aufgekauft oder mit ihnen fusioniert. Zur Finanzierung dessen (aber auch anderer großer Investitionen) werden verstärkt Wertpapiere direkt an der Börse platziert (die Bedeutung traditioneller Bankkredite sinkt demgegenüber) oder mit eigenen Aktien bezahlt. Dadurch steigt wiederum der Druck, für einen hohen Börsenwert des eigenen Unternehmens zu sorgen, auch um sich vor Übernahmen durch andere zu schützen.

Andere Unternehmensteile und Konzernunternehmen, die nicht zum Kernbereich zählen oder die Rentabilitätsansprüche der Shareholder und des Managements nicht erfüllen, werden ausgelagert oder verkauft, die Leistungen bei anderen billigeren Anbietern eingekauft (Outsourcing). Auch zwischen den verschiedenen Betrieben des selben Unternehmens und den verschiedenen Abteilungen des selben Betriebes werden verstärkt Marktverhältnisse geschaffen oder simuliert, um die Konkurrenz zwischen ihnen zu verstärken und sie als „Profitcenter“ zu entwickeln. Dadurch werden andere, insb. soziale Kriterien immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen wächst, auch die einzelnen Beschäftigten werden immer stärker in Konkurrenz gegeneinander gebracht.

Auch die Politik steht verstärkt unter Druck und unterwirft sich dem, diese Prozesse staatlich zu fördern. Zentrale Beiträge von „Rot-Grün“ dazu waren die Steuersenkung für Kapitalgesellschaften und insb. die Steuerbefreiung für Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen sowie die Teilprivatisierung der Alterssicherung durch Einführung einer kapitalgedeckten Eigenvorsorge und zuletzt die „Reform“ des Arbeitsmarktes nach „Hartz“.

14. Die Notwendigkeit des Sozialismus

Hinter den Stichworten Flexibilisierung, Dienstleistungsgesellschaft, New Economy und Shareholder-Value verbergen sich auch gravierende *Veränderungen der Arbeitsbedingungen und -verhältnisse*. Neben neuen qualifizierten Tätigkeitsfeldern entwickeln sich Niedriglohnbereiche und weiten prekäre Beschäftigungsverhältnisse sich aus. Soziale Ungleichheit und Unsicherheit wachsen. Neue indirekte Steuerungsmethoden führen zu mehr Eigenverantwortlichkeit und Dispositionsspielräumen der Arbeitenden, zugleich aber zu erhöhtem Arbeitsdruck und der Abwälzung unternehmerischer Risiken auf die Beschäftigten. Zunehmend wird abhängige Arbeit formal selbständig und für wechselnde Auftraggeber verrichtet, oft unterbrochen durch Phasen der Arbeitslosigkeit oder notwendiger Weiterbildung. Dadurch verändern sich Erwerbsbiografien und Bewusstseinsformen sowie Regulierungsanforderungen.

Auch in anderen Bereichen wachsen die unbeabsichtigten Nebenfolgen und Risiken der Produktions- und Lebensweise (Stichwort "*Risikogesellschaft*") sowie die globalen Bedrohungen und Probleme bezüglich der natürlichen Lebensgrundlagen (z.B. steigender Verbrauch von Rohstoffen und nichtregenerierbaren Energiequellen, Produktion gefährlicher Abfallstoffe und klimaverändernder Gase, Atomtechnik, Gentechnik), der ökonomischen Abkopplung, Unterentwicklung und Verelendung weiter Regionen der Erde und der Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Durch die wissenschaftlich-technische Revolution entwickeln sich auf der anderen Seite aber auch auf Seiten der Produktivkräfte die Möglichkeiten, einen grundlegenden ökologischen Umbau bei weiterhin hohem Wohlstandsniveau vorzunehmen und die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung in den ärmeren Regionen der Erde voranzutreiben. Die objektiven Potenzen, für alle Menschen lebenswerte Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen und damit auch Ursachen kriegerisch ausgetragener Konflikte und internationaler Fluchtbewegungen abzubauen, sind größer als je zuvor. Das bisherige sozialökonomische Regulierungssystem, das wesentlich auf die Steigerung abstrakten Reichtums in Warenform als Selbstzweck und ohne Rücksicht auf Verluste gerichtet ist und in dem kapitalistische Interessen strukturell dominant sind, blockiert die Entfaltung dieser Möglichkeiten und eine gesellschaftliche bzw. politische Kontrolle und Steuerung in diesem Sinne - auf nationaler Ebene und erst recht in globalem Maßstab. Ein besonderes Beispiele dafür ist die kapitalistische Verwertung von geistigem Eigentums bzw. Informationsprodukten, die an sich nahezu kostenlos vervielfältigt werden könnten. Dadurch wird die umfassende Nutzung neuer Entdeckung und Erfindungen im Interesse der Menschen massiv behindert wird (etwa durch Patente auf wichtige Arzneimittel oder überteuerte Softwarelizenzen). Der *Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen* stellt sich heute vordringlich in dieser Form dar.

Im Gegensatz zu früher gibt es heute Wahlmöglichkeiten zwischen alternativen Richtungen der weiteren Entwicklung der Lebensbedingungen und der Produktivkräfte. Das ökonomische und gesellschaftliche Gesamtsystem muss ermöglichen, dass die Entwicklung der allgemeinen Lebensbedingungen und die Gesamtrichtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung im Sinne demokratisch bestimmter Zielsetzungen gesteuert werden kann. Dazu muss die strukturelle Dominanz kapitalistischer Profitorientierung durch eine tiefgreifende Demokratisierung der Wirtschaft, die die Eigentumsverhältnisse in entscheidenden Bereichen der Ökonomie nicht unangetastet lassen kann, überwunden werden. Die Entfaltung gesellschaftlicher Bedürfnisse an solidarischer und ökologisch tragfähiger Entwicklung und die Durchsetzung des Vorrangs des sozialistischen Prinzips der bewussten und demokratischen Gestaltung letztlich auf Weltebene wird immer mehr zu einer Überlebensnotwendigkeit. Hier liegt die *Überlegenheit und Notwendigkeit des Sozialismus* begründet.

Anhang

Ausbeutung und Mehrwertrate im Kapitalismus

Der ökonomische Ausdruck für den Grad der Ausbeutung ist die *Mehrwertrate*: das Verhältnis des Mehrwerts zum Wert der Arbeitskraft und damit der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit. Zwei Methoden der Steigerung des Mehrwerts sind zu unterscheiden: Die Verlängerung des Arbeitstags oder Erhöhung der Intensität der Arbeit, dies heißt *Produktion des absoluten Mehrwerts*. Die spezifisch kapitalistische Methode ist allerdings die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch fortwährende Steigerung der Arbeitsproduktivität: die *Produktion relativen Mehrwerts*. Wenn der Gegenwert der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Waren z.B. bei gleichbleibender Länge des Arbeitstages von 8 Stunden jetzt in 3 statt wie vorher in 4 Stunden erzeugt werden kann, steigt die Mehrarbeitszeit von 4 auf 5 Stunden und die Mehrwertrate von 100% auf $^5/_3$ = 167%.

Die Mehrwertrate wird natürlich statistisch nicht als solche erfasst und es ist in einer komplexen Ökonomie auch schwierig, sie empirisch zu erfassen. Vielfältige Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme sind zu klären ebenso wie die Frage, wie die Werte sich in den statistisch erfassbaren Preisen und Einkommensströmen niederschlagen. Es kommt aber auch gar nicht darauf an, die Mehrwertrate möglichst genau zu erfassen. Entscheidend für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ist einerseits die grundsätzliche Erkenntnis, dass Einkommen immer Ansprüche auf die Produkte gesellschaftlicher Arbeit sind und also Einkommen, die nicht auf eigener Arbeit beruhen, Resultat der Ausbeutung fremder Arbeit sind.

Andererseits sind empirische Daten wichtig, die aussagekräftig für die reale Entwicklung und Veränderung der Verteilungsverhältnisse zwischen den verschiedenen Einkommensformen und sozialen Klassen und Gruppen sind. Die lassen sich aus den verfügbaren Statistiken durchaus entnehmen. Bei der Analyse ist zu beachten, dass regelmäßig die Profite bzw. die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Aufschwung stärker wachsen und in der Krise stärker sinken als die Löhne bzw. die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (s. Abschnitt Überproduktion und Krise).

Klar sein muss auch, dass es bei den Verteilungskämpfen im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise nie darum gehen kann, den Mehrwert zu beseitigen. Dies ist nicht möglich, es gibt keine kapitalistische Produktion ohne Mehrwertproduktion; es kann im Rahmen des Kapitalismus nur darum gehen, die Ausbeutung gegenüber dem ständigem Drang des Kapitals zur Steigerung der Mehrwertrate zu begrenzen.

Bestandteile des Warenwerts und Verwendung des Mehrwerts

Der Reproduktionsprozess des Kapitals erfordert, dass die Kapitalisten ihr Geld in Produktionsmittel (Anlagen: Bauten und Ausrüstungen, und Vorleistungen: Rohstoffe und sonstige Vorprodukte, Hilfsstoffe ...) und Arbeitskräfte umsetzen, die dann Waren produzieren, die die Kapitalisten verkaufen, also wieder in Geld zurückverwandeln können, und zwar mit Gewinn. Der Wert des für Produktionsmittel aufgewendeten Kapitals wird im Produktionsprozess im Maße wie es vernutzt wird auf den Wert des Produkts übertragen, bleibt also erhalten. Marx nennt es deshalb *konstantes Kapital* (abgekürzt c). Das Anlagekapital nennt er *fixes konstantes Kapital*, weil sein Wert sich nur allmählich im Verlauf vieler Produktionsprozesse auf die Produkte überträgt; die Vorleistungen, die komplett in die Produktion eingehen, *zirkulierendes konstantes Kapital*. Das für Arbeitskraft verausgabte nennt er *variables Kapital* (v), weil diese nicht nur ihren eigenen Wert reproduziert, sondern auch Quelle von Mehrwert (m) ist. Der Wert der kapitalistisch produzierten Waren kann also dargestellt werden in der Formel: $W = c + v + m$.

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kommen folgende Größen diesen Kategorien am nächsten: W = Produktionswert, c setzt sich zusammen aus den Abschreibungen als Maß für den Wertverlust des fixen konstanten Kapitals und den Vorleistungen, v + m wäre die Nettowertschöpfung, wobei die Verteilung auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit einerseits und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits die Kategorien Mehrwert und variables Kapital nur partiell widerspiegelt.

Vom kapitalistisch produzierten Mehrwert müssen die Kapitalisten zunächst (ggf.) die Zinszahlungen für ihre Kreditgeber und Pachten an die Grundeigentümer finanzieren (der Rest ist der unternehmerische Profit im engeren Sinne), dann Gewinnsteuern abführen. Vom verbleibenden Nettoprofit wird ein Teil für den Konsum der Kapitalistenklasse verwendet, ein anderer Teil für die Erweiterung des Produktionsprozesses durch zusätzliche Produktionsmittel und Arbeitskräfte. Diese *Akkumulation von Kapital* spiegelt sich in der Wirtschaftsstatistik vor allem in den "Nettoanlageinvestitionen" wider, also in den Aufwendungen für die Anschaffung neuer Produktionsanlagen (Bruttoinvestitionen) abzüglich des Wertverlusts der vorhandenen Anlagen (Abschreibungen).

Profitrate und Wertmodifikation

Die Mehrwertrate ist zwar ein zentrales Maß für die Verteilungsverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital, die Kapitalisten interessiert als entscheidendes Maß für ihren geschäftlichen Erfolg jedoch das Verhältnis des von ihnen angeeigneten Mehrwerts zu dem von ihnen eingesetzten gesamten Kapital. Ihnen erscheinen alle Teile ihres Kapitals gleichermaßen als Quelle überschüssigen Werts bzw. Profits. Mehr noch, weil der überwiegende Teil ihres Kapitals für die Anschaffung der Anlagen aufgewendet werden muss, halten sie diese für hauptsächlich ausschlaggebend für die Produktion des Werts. Dabei werden zugleich die realen Ausbeutungsverhältnisse mystifiziert (etwa durch die Lehre von den Produktionsfaktoren). Das entscheidende Maß für die Verwertung des eingesetzten Kapitals ist also nicht die Mehrwertrate, die ausgedrückt werden kann als $m' = {}^{m}/_{V}$, sondern die auf ein Jahr bezogene *Profitrate* $p' = {}^{m}/_{(C+V)}$. "Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann." [Marx: Kapital III, MEW 25, S. 269]

Dabei bezeichnet m hier den in einem Jahr produzierten Mehrwert, C + V ist das insgesamt vorgeschossene Kapital, wobei C wegen des fixen Kapitals in der Regel erheblich größer ist als das jährlich verbrauchte konstante Kapital c und V erheblich kleiner ist als das im Jahr aufgewendete variable Kapital v, weil nicht die Lohnsumme fürs ganze Jahr vorgeschossen werden muss, sondern vorher Verkaufserlöse erzielt werden, aus denen die Löhne gezahlt werden können. Das variable Kapital und die Teile des konstanten Kapitals, die als Vorprodukte etc. im Produktionsprozess verbraucht werden, schlagen sich mehrmals im Jahr um und werden deshalb zirkulierendes Kapital genannt, das fixe konstante Kapital hat eine *Umschlagszeit* von mehreren Jahren, bei Gebäuden Jahrzehnten.

Die Profitrate hängt also nicht nur von der Mehrwertrate ab. Je höher die *Zusammensetzung des Kapitals* (die Aufwendungen für Produktionsmittel im Verhältnis zu denen für Arbeitskräfte), desto niedriger ist die Profitrate relativ zur Mehrwertrate; dies zeigt folgende Umformung der og. Profitratenformel: $p' = {}^{m'}/_{(C/V + 1)}$ (m' ist hier die jährliche Mehrwertrate, also die Mehrwertrate multipliziert mit der Anzahl der jährlichen Umschläge des variablen Kapitals). Weil die technischen Bedingungen der Produktion und damit die Wertzusammensetzung des Kapitals (das Verhältnis ${}^{C}/_{V}$) in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich sind, bedeutet das aber, wenn man einen in der Tendenz gleichen Ausbeutungsgrad unterstellt, dass die Profitraten in den verschiedenen Produktionszweigen von sehr unterschiedlicher Höhe wären, wenn die Waren zu ihrem Wert verkauft würden.

Da jedoch die Kapitalisten nach möglichst hoher Profitrate streben, hätte das Kapitalwanderung und steigende Produktion in den Zweigen mit höherer Profitrate aufgrund niedrigerer Kapitalzusammensetzung zur Folge (und umgekehrt in Zweigen

mit höherem Kapitalaufwand). Wegen des dadurch höheren Warenangebots sinkt der Preis der Waren in diesen Sektoren unter ihren Wert (und steigt in den anderen wegen des geringeren Angebots darüber). Insgesamt ergibt sich so als Folge von Konkurrenz und Kapitalbewegungen die Tendenz zu einer in allen Produktionszweigen gleichen Profitrate, der allgemeinen oder *Durchschnittsprofitrate*.

Der Gleichgewichtspreis, der auf diese Weise neu bestimmt wird und um den sich die täglichen Marktpreise drehen, ist jetzt nicht mehr der einfache, wie vorne durch die zur Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmte Wert der Waren, sondern ihr *Produktionspreis*, der in Branchen mit einer höheren oder niedrigeren als der durchschnittlichen Zusammensetzung des Kapitals systematisch vom Wert abweicht. "Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostpreis [c+v] plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzten Profit, also gleich dem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit." [Marx: Kapital III; MEW 25, S. 167] Der Produktionspreis ist eine systematische Modifikation des Werts (also eigentlich kein Preis), dadurch bedingt, dass die Waren Produkte des Kapitals und nicht einfacher WarenproduzentInnen sind.

Marx betont mehrfach, dass auch unter diesen Bedingungen für die Preise der verschiedenen Waren gilt: „... das Wertgesetz beherrscht ihre Bewegung. Wo die zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit fällt, fallen die Preise; wo sie steigt, steigen die Preise, bei sonst gleichbleibenden Umständen.“ (MEW 25, 186) Die Diskussion über das sog. Transformationsproblem der Werte in die Produktionspreise hat gezeigt, dass (im Unterschied zu Marx’ Darstellung im „Kapital III“) ggf. auch gesamtwirtschaftliche Aggregate und Proportionen wie die Mehrwert- und die Profitrate gegenüber einem - hypothetischen, weil von vornherein in modifizierten Proportionen produziert wird - unmodifizierten Wertsystem quantitativ verändert sind. In der Analyse der kapitalistischen Produktion sind von vornherein das gesellschaftliche Gesamtkapital und die auf dieser Ebene bestimmte gesellschaftliche Mehrwert- und Profitrate als Ausgangspunkt zu betrachten und die einzelnen Produktionen und Waren nur als ein Teil davon. Entscheidend ist aber, dass auch dann ein Determinationsverhältnis zwischen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionen und der kapitalistisch modifizierten Wertschöpfung besteht, die wiederum auf erstere zurückwirkt, und somit in modifizierter Weise eine auf dem Wert beruhende Regulation des Systems der gesellschaftlichen Arbeit und der Aneignung seiner Produkte besteht.

Bei der empirischen Bestimmung der Entwicklung der Profitraten treten einige Probleme auf. Die Unternehmen weisen diese Größe so nicht aus und es sind erhebliche Kenntnisse der Bilanzanalyse notwendig, um aus dem von Aktiengesellschaften ausgewiesenen Gewinn eine realistische Rentabilitätsangabe zu gewinnen. Auch wenn von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgegangen wird, treten zu den in Zusammenhang mit dem Mehrwert genannten Schwierigkeiten weitere auf, die insbesondere die Bewertung des Anlagevermögens betreffen. Meist wird bei Angaben über die Rentabilität oder Rendite auf das eingesetzte Kapital der Gewinn nur auf dieses Sachkapital bezogen, das allerdings im allgemeinen in der Industrie mehr als 80% des eingesetzten Gesamtkapitals ausmacht. Die Profitrate wird je nach Berechnungsweise und ökonomischer Situation in der BRD meist zwischen 10% und 20% angegeben.

Tendenzieller Fall der Profitrate und Schranken der kapitalistischen Produktion

Die Steigerung der Produktivität durch fortschrittlichere Produktionsmethoden erfordert wachsende Aufwendungen insbesondere für einen immer weiter entwickelten Anlagenbestand. Der Wert der Produktionsmittel im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten steigt (dies nennt Marx wachsende *technische Zusammensetzung des Kapitals*, ihr entspricht in der Statistik wachsende Kapitalintensität als Sachkapitalbestand dividiert durch die Zahl der Beschäftigten). Marx analysiert, dass dadurch auch das Verhältnis des eingesetzten konstanten gegenüber dem variablen Kapital, die *organische Zusammensetzung des Kapitals* C/V, steigt. Die organische Zusammensetzung ist "die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch

seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt." [Marx: Kapital I, MEW 23, S. 640] Ein in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu findender Indikator für die Entwicklung der Zusammensetzung des Kapitals ist der Quotient aus der jährlichen Bruttowertschöpfung und dem eingesetzten Sachkapital: der Kapitalkoeffizient, oder als ihr Kehrwert die Kapitalproduktivität.

Wie bereits dargestellt, führt der Einsatz der aufwendigeren Anlagen bei den Pionieren der neuen Technik zunächst zu Extraprofiten. Sobald die neuen rationelleren Methoden aber in der gesamten Branche eingeführt, also verallgemeinert sind, führt der beschriebene Mechanismus von Konkurrenz und Kapitalbewegung dazu, dass die Profitraten dieser Unternehmen sich in Richtung der Durchschnittsprofitrate ausgleichen, indem die Produkte dieses Wirtschaftszweigs sich relativ verbilligen. Wenn der gesellschaftliche Ausbeutungsgrad gleich bleibt oder sich relativ zur Steigerung der organischen Kapitalzusammensetzung weniger steigert, führt auf diese Weise die Steigerung des Profits einzelner Kapitale durch arbeitssparenden technischen Fortschritt letztlich auf gesellschaftlicher Ebene zu einem *Sinken der durchschnittlichen Profitrate*. Dazu ein Zahlenbeispiel:

Angenommen, zunächst wird gesellschaftlich in folgenden Proportionen produziert (zur Vereinfachung wird hier angenommen, dass die Umschlagsdauer sowohl des konstanten wie des variablen Kapitals ein Jahr beträgt):

100 c + 100 v + 100 m = 300; p' = $^{100}/_{200}$ = 50%

Ein Kapitalist, der zunächst unter durchschnittlichen Bedingungen produzierte, rationalisiert seine Produktion und kann die selbe Produktenmenge mit weniger Arbeitskosten und daher trotz höherer Kosten für konstantes Kapital zu niedrigeren Gesamtkosten erzeugen, aber zunächst zum alten Preis verkaufen. Sein Profit steigt durch den erzielten Extramehrwert:

vorher: 4 c + 4 v + 4 p = 12; p' = $^{4}/_{8}$ = 50%

nachher: 5 c + 2 v + 5 p = 12; p' = $^{5}/_{7}$ = 71,4%

Gesetzt, die neuen technischen Bedingungen mit ihrem stark erhöhten Verhältnis von konstantem gegenüber variablem Kapital verallgemeinern sich, aber der ArbeiterInnenklasse gelingt es, ihren Anteil an der Neuwertschöpfung zu halten, m' bleibt bei 100%. Dann sinkt die gesellschaftliche Profitrate durch den erhöhten Aufwand an konstantem Kapital:

250 c + 100 v + 100 m = 450; p' = $^{100}/_{350}$ = 28,6% (Dieses Zahlen würden gleiche Beschäftigung bei verdoppelter Produktion und um 25% gesunkenem Wert der einzelnen Ware und entsprechend gestiegenem Reallohn bedeuten.)

Dieses "*Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate*" hat große Bedeutung für den kapitalistischen Akkumulationsprozess, weil es direktes Resultat seiner eigenen Gesetzmäßigkeiten ist. "Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit." [Marx: Kapital III, MEW 25, S. 223] Der Profitratenfall hat allerdings nur den Charakter einer Tendenz und verläuft infolge der Wirksamkeit einer Reihe "*entgegenwirkender Ursachen*" erheblich langsamer als im obigen Beispiel. Er kann auch über längere Zeiträume ganz aufgehalten oder sogar eine Zeitlang umgekehrt werden. Die wichtigsten Gegentendenzen sind:

* Die *Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals*, die das Ansteigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals bremst. Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit drückt sich die selbe Warenmenge in einem sinkenden Wert (das bedeutet wohlgemerkt nicht unbedingt sinkender Preis) aus. Dies betrifft auch die Anlagen und Vorleistungen. Dies ist die wichtigste und immanente Gegentendenz.

* Die mit der Steigerung der Produktivkraft verbundene *Erhöhung des Ausbeutungsgrads der Arbeit*, erleichtert durch die mit der Steigerung der Produktivität verbundene Tendenz zur Freisetzung von Arbeitskräften und Produktion von Arbeitslosigkeit, wirkt direkt positiv auf die Profitrate.

* Durch *Aktiengesellschaften*, die den Aktionären nur eine unter der allgemeinen Profitrate liegende Dividende zahlen, wird die Wirkung einer sinkenden Profitrate für das Unternehmen gemildert. Außerdem werden heutzutage Infrastrukturen und industrielle Unternehmungen, die mit einem besonders hohen Kapitalvorschuss verbunden sind, vom Staat oder mit Hilfe von *staatlichen Subventionen* finanziert, so dass diese Aufwendungen nicht auf die allgemeine Profitrate drücken.

Ob und in welchen Umfang die Tendenz zum Profitratenfall sich letztlich durchsetzt, hängt von der realen technischen und wertmäßigen Entwicklung ab und kann nur empirisch beantwortet werden. Unter "normalen" Akkumulationsbedingungen, also ohne etwa große Entwertungen fixen Kapitals durch Krisen oder technische Umwälzungen, die die Kosten des fixen Kapitals im Verhältnis zur Wertschöpfung senken (wie es z.B. bei der Mikroelektronik der Fall ist), wird die Profitrate eine Tendenz zum Sinken aufweisen, wenn die Mehrwertrate nicht wesentlich gesteigert wird. Dabei ist aber zu beachten, dass die sinkende Rate verbunden sein kann mit wachsender Masse des Profits und beschleunigter Akkumulation des Kapitals.

Dies ist in der Entwicklung der BRD bis Mitte der 70er Jahre so gewesen. Die dabei aufgebaute *strukturelle, also überzyklische, längerfristig wirksame, Überakkumulation von Kapital* hat im Zusammenhang weltweiter Krisenprozesse zu einer Phase verlangsamten Wachstums und verstärkter ökonomischer Krisenhaftigkeit geführt. Dabei ist seit den 80er Jahren der Fall der Profitrate durch Verlangsamung des Anstiegs der organischen Zusammensetzung und starke Steigerungen der Ausbeutungsrate aufgehalten und seit den 90er Jahren eine wieder höhere Durchschnittsprofitrate durchgesetzt worden. Dies führte allerdings keineswegs zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, dieses wurde vielmehr durch die Umverteilung zu Lasten der Löhne und Sozialeinkommen und den so verschärften Nachfragemangel blockiert.

Marx analysiert ausführlich die "Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes" und die *Schranken der kapitalistischen Entwicklung*, die darin liegen, dass der gesellschaftliche Reichtum nur dann und insoweit entwickelt wird, wie damit privater Profit zu erzielen ist. Er kommt zu folgendem Schluss: "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst ... Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandnen Kapitals." [Marx: Kapital III, MEW 25, S. 260] Die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation führen allerdings nicht etwa zum Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern zu Krisenprozessen, in denen die Bedingungen und Widersprüche des Kapitalismus auf neuem Niveau reproduziert werden.

Überproduktion und Krise

Die *allgemeine Möglichkeit kapitalistischer Überproduktionskrisen* resultiert aus dem Auseinanderfallen von Verkauf und Kauf. Wer Geld hat, braucht es nicht sofort wieder zum Kauf von Waren zu verwenden, sondern kann es auch horten mit dem Ergebnis, dass die kaufbereite Nachfrage geringer ist als das Angebot. Entscheidend ist aber, dass die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation notwendig immer wieder diesen *Widerspruch zwischen Produktion und Nachfrage* erzeugen, und zwar als Widerspruch zwischen den Bedingungen möglichst kostengünstiger Produktion des Profits einerseits und den Bedingungen der Realisierung dieses Profits durch Verkauf der produzierten Waren andererseits. Die Produktionsmöglichkeiten wachsen schneller als die Nachfrage, weil die Methoden zur Steigerung der Produktion von Mehrwert durch Senkung der Lohnkosten zugleich das zu Konsumzwecken verwendbare Einkommen der Bevölkerung beschränken.

Der kapitalistische Krisenprozess verläuft zyklisch, in verschiedenen aufeinanderfolgen Phasen. Prägend ist dabei die Entwicklung der Investitionen der Unternehmen, die im Zyklusverlauf die stärksten Schwankungen aufweisen. (Dabei unterscheidet sich natürlich im einzelnen jeder kapitalistische Krisenzyklus von den anderen und muss konkret analysiert werden, auch im Zusammenhang längerfristiger struktureller Veränderungen). In der ersten Phase kann die zurückbleibende Massenkaufkraft dadurch mehr als kompensiert werden, dass die Kapitalisten ihre Akkumulation beschleunigen und verstärkt in neue Anlagen investieren und so die Nachfrage nach Investitionsgütern entsprechend steigern. Dies wird "selbstragender Aufschwung" genannt, die Akkumulation schafft selbst ihre Nachfrage.

Letztlich aber erfordert die rasche Akkumulation doch eine in gewisser Proportionalität sich entwickelnde Nachfrage nach Konsumgütern. Denn nach einiger Zeit werden die angeschafften neuen Anlagen kapazitätswirksam und der Bedarf an weiteren Investitionen lässt nach, und dann trifft ein gewachsenes Produktionspotential und eine gestiegene Produktion auf eine relativ dahinter zurückgebliebene Gesamtnachfrage. In der Folge treten Absatzschwierigkeiten auf, die Lagerbestände wachsen (unfreiwillige "Vorratsinvestitionen"), geraten die Preise unter Druck und die Profite beginnen zu sinken. (Hier sind nicht berücksichtigt mögliche Wirkungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere der Ausgleich binnenwirtschaftlichen Nachfragemangels durch gesteigerten Export, und der staatlichen Politik, die in der Analyse der realen ökonomischen Entwicklung natürlich einbezogen werden müssen und eine wichtige Rolle spielen können.)

Es ist also zuviel Kapital produziert worden als sich unter den gegebenen Bedingungen hinreichend profitabel verwerten kann. Die Überproduktion von Waren ist Folge der Überproduktion von Kapital, also der *Überakkumulation von Kapital*. Der Profit ist jetzt gewissermaßen gleichzeitig zu niedrig, um eine weiter beschleunigte Akkumulation anzureizen, und zu hoch, um eine kontinuierliche Realisierung der Warenwerte durch entsprechende Massenkaufkraft zu gewährleisten. Die Kapitalisten reagieren darauf mit Produktionseinschränkungen und geringerer Nachfrage nach Produktionsmitteln. Die Investitionen werden erheblich reduziert, was die einsetzende Krise wiederum verschärft. Arbeitskräfte werden in die Arbeitslosigkeit entlassen, Betriebe werden dichtgemacht. Die dadurch weiter sinkende Kaufkraft verstärkt zunächst die Krise. Wichtig ist dabei, dass nicht etwa zu stark gestiegene Löhne und deshalb gesunkene Gewinne der Grund der Investitionsschwäche und der Krise sind, sondern dass Gewinne und Investitionen als Folge der Krise, die durch Überakkumulation bzw. Nachfragemangel hervorgerufen ist, sinken.

Durch die mit der *Krise* verbundenen Prozesse von Kapitalentwertung und Umverteilung werden aber zugleich auch die aufgebauten Missverhältnisse zwischen Produktion bzw. Produktionskapazitäten und Markt und zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion in gewissem Maße und für eine gewisse Zeit bereinigt. Die konsumtive Nachfrage sinkt nur in beschränktem Maße und stabilisiert letztlich (insbesondere wenn soziale Sicherungssysteme als "automatische Stabilisatoren" wirken), die Lagerbestände und überschüssige Kapazitäten werden im Verlauf der Krise abgebaut, bisherige Anbieter scheiden aus dem Markt aus, Ersatz- und technologisch bedingte Investitionen stabilisieren auch die Investitionsnachfrage. All-

mählich setzt eine Belebung ein und ein neuer Zyklus beginnt. Die Krisen haben also eine "Reinigungsfunktion" in der kapitalistischen Produktionsweise, indem sie Überakkumulation durch Vernichtung und Entwertung von Kapital bereinigen. Dabei verändert sich fortwährend die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere schreitet die Konzentration und Zentralisation des Kapitals voran.

Literatur- und Internethinweise

– Karl Marx: Das Kapital Band I bis III, Marx-Engels-Werke Band 23 bis 25, Berlin versch. Jahrgänge, im Web http://www.mlwerke.de/me/default.htm

Englischsprachige Internet-Quellen:
– http://www.marxists.org
– http://cepa.newschool.edu/het/schools/marxian.htm

– Elmar Altvater/Rolf Hecker/Michael Heinrich/Petra Schaper-Rinkel: Kapital.doc, Münster 1999, 242 S. + CD-ROM, DM 48,- (Einleitung in Band I des „Kapital“ mit einer CD mit Texten und Schaubildern sowie eine kommentierte Literaturübersicht und einen Überblick über die Geschichte des „Kapital“)

– Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, Münster 1998, 579 S., DM 68,- (sehr guter Gesamtüberblick)

Kapitalismuskritische Literatur: insb. beim VSA-Verlag (www.vsa-verlag.de) und beim Verlag Westfälisches Dampfboot (www.dampfboot-verlag.de)

Analysen zu ökonomischen und sozialen Entwicklungen und wirtschaftspolitische Vorschläge aus linker bzw. arbeitnehmerorientierter Sicht bieten:
– Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (www.memo.uni-bremen.de), insb. jährliches Memorandum (erscheint jährlich zum 1. Mai), Köln jeweiliger Jahrgang
– Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bereich Wirtschaftspolitik (www.wipo.verdi.de)
– Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung des DGB (www.wsi.de)
– Institut für Makroökonomie und Konjunkturfoschung (http://imk-boeckler.de)
– IG Metall (www.igmetall.de)
– Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung (www.isw-muenchen.de)

Weitere wichtige Informationsquellen und Links
– www.sozialpolitik-aktuell.de
– www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik
– www.wipo.verdi.de/links